



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

24.

Punkt 25 der Tagesordnung: Einrichtung einer Ombudsstelle im Jobcenter Stadt Karlsruhe

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/1025

Beschluss:

Verwiesen in den Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 25 zur Behandlung auf.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Zurzeit sind circa jährlich achthundert Klagen vor dem Sozialgericht wegen Grundsicherung für Arbeitssuchende, umgangssprachlich Hartz IV, zu verzeichnen. Viele Klagen und Missverständnisse ließen sich aber im Vorfeld vermeiden, wenn im Jobcenter der Stadt Karlsruhe eine unabhängige Stelle für die ALG II Leistungsberechtigten eingerichtet wird. Auch nach Ansicht des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, IAB, könnte die Einrichtung von Ombudsstellen die Sozialgerichte entlasten. Die Ombudsstelle soll eine unabhängige Stelle sein und hat die Aufgabe, die Verständigung von Jobcenter und Arbeitssuchenden zu verbessern. Das Spektrum reicht vom Erklären der Bescheide bis zum Schlichten von Streitfällen. Dadurch wird einerseits den Betroffenen eine Stimme verliehen und andererseits werden negative Folgen verringert, die dem öffentlichen Haushalt durch Gerichtskosten drohen. Anders ausgedrückt, wir brauchen eine Stärkung der Rechte von Arbeitssuchenden, um Konflikte frühzeitig auf Augenhöhe zu vermeiden beziehungsweise zu lösen. Die Antwort der Stadtverwaltung fällt relativ nüchtern aus. Ich würde mir wünschen, dass die Stadtverwaltung uns ihre Meinung zum Thema mitteilt. Mit welcher Intension geht die Verwaltung in die Gespräche der Trägerversammlung? Wird auch die Meinung des örtlichen Beirates des Jobcenters eingeholt? Wir hoffen nun, dass

sich eine breite Mehrheit hier im Rat unserem Anliegen anschließt und wir damit der Verwaltung ein starkes Votum mit auf den Weg geben.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Den Antrag von den GRÜNEN begrüßen wir, das kommt auch mal vor. Das Ansinnen, eine Ombudsstelle einzurichten für die, wie so salopp gesagt wurde, Hartz-IV-Empfänger, finden wir gut, vor allem im Hinblick darauf, dass es so viele Probleme und Sanktionsmaßnahmen gegeben hat. Ich finde es nicht ganz so toll, dass es hier nur um Anregungen, Kritik und Beschwerden geht, sondern es sollen hauptsächlich dringende und schwierige Konfliktfälle bei der Ombudsstelle eine Unterstützung bekommen. Hier soll Menschen geholfen werden, die sich anderweitig nicht weiterhelfen können. Wichtig wäre allerdings auch, dass erst ein Probelauf stattfindet, bevor so etwas fest eingerichtet wird und anschließend, vielleicht nach einem Jahr, besser nach zwei Jahren, wird ein Resümee gezogen. Entscheiden muss es aber das Jobcenter, die Stadt Karlsruhe kann nur darauf hinwirken, dass so etwas eingerichtet wird.

Stadträtin Moser (SPD): Auch wir unterstützen diesen Antrag nachdrücklich, auch beim Jobcenter Karlsruhe eine Ombudsstelle einzurichten, wie es auch bereits in vielen anderen Jobcentern der Fall ist. Die Vorteile sind offenkundig und wurden bereits in den vorherigen Wortbeiträgen betont. Auch wir sind davon überzeugt, dass eine ehrenamtlich arbeitende, unabhängige und nicht weisungsgebundene Person dazu beitragen kann, Konflikte zu klären, Menschen in schwierigen Lebenslagen beizustehen und durch die Vermittlung Probleme frühzeitig zu lösen. Es ist sicherlich richtig, dass Betroffene bereits heute verschiedene Möglichkeiten bei entsprechenden Problemen nutzen können, dennoch sind wir überzeugt, dass ein solches zusätzliches Angebot, Ombudsbeauftragte zu rate zu ziehen, eine Bereicherung für die Kunden des Jobcenters ist. Als eine gemeinsame Einrichtung der Stadt und der Agentur für Arbeit hoffen wir, dass dieser aus dem Gemeinderat artikulierte Wunsch ernst genommen wird und die Trägerversammlung die dafür notwendigen Schritte möglichst bald in die Wege leitet.

Stadträtin Böringer (FDP): Auch wir finden den Antrag der Kolleginnen und Kollegen überlegenswert. Wie es die Verwaltung beschreibt, wird das Thema in der nächsten Trägerversammlung besprochen. Wir werden heute zustimmen und die Ergebnisse im Sozialausschuss abwarten. Wir behalten uns vor, auf Basis dieser Ergebnisse unseren eigenen Antrag zu stellen, ehrlich gesagt wirkt es derzeit so, als würden wir einen zahnlosen Tiger einstellen, aber wir stimmen heute zu und erwarten die Ergebnisse.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich glaube, gegen den Antrag spricht grundsätzlich nichts. Ich möchte nur vielleicht eine Illusion ausräumen. Ich glaube, ehrenamtlich ist so eine Funktion nicht leistbar, das wird jemand sein müssen, der auch qualifiziert dafür ist. Gerade solche Vermittlerfunktionen haben sehr viel mit Mediation und Empathie zu tun, das muss jemand können, und ich glaube, ehrenamtlich wird das nichts. Ich unterstütze auf jeden Fall diese Sache, weil ich glaube, es spart uns, der Gesellschaft, jede Menge Geld, weil die Gerichte sind alle überlastet und gerade diese Gerichtsurteile zu SGB-Verfahren sind wahnsinnig, das schafft niemand mehr. Wenn man das über die Ombudsstelle niedrig halten könnte, ist allen geholfen.

Stadträtin Fenrich (AfD): Ich habe nur eine Frage. Das Jobcenter ist eine Einrichtung, die auch vom Land getragen wird, können wir allein als Stadträte über die Einrichtung einer

Stelle für einen Ombudsmann bestimmen? Müssen wir dabei nicht das Land mit ins Boot nehmen? Das ist mir jetzt nicht geläufig, aber vielleicht weiß das jemand im Saal.

Der Vorsitzende: Das Jobcenter in Karlsruhe ist eine Gemeinschaftsbehörde aus der Stadt Karlsruhe und der Agentur für Arbeit, sozusagen machen beide Träger etwas Gemeinsames. Der Vorsitzende der Trägerversammlung ist Bürgermeisterkollege Lenz, und vielleicht haben wir es zu nüchtern formuliert, Herr Stadtrat Borner, wir werden mit dem Antrag da reingehen. In anderen Jobcentern gibt es schon so etwas und natürlich wollen wir versuchen, es da durchzusetzen. Ich halte auch nichts davon, dass es ehrenamtlich ist, was jetzt „unabhängig“ bedeutet, das muss man in der Trägerversammlung mal diskutieren. Ich hätte grundsätzlich kein Problem, wenn es ein Mitarbeiter des Jobcenters wäre, der aber unabhängig von der Hierarchie und mit direktem Zugang zum Jobcenterleiter wäre, aber das muss man vor Ort klären, da will ich mich gar nicht einmischen. Ich möchte nur, dass wir es hier jetzt nicht definieren, sondern, dass man sich anschaut, wo es gut funktioniert, und dann entsprechende Strukturen schafft. Ich glaube auch nicht, dass es so weit kommen muss, dass man Gerichtsfälle verhindert, sondern es gäbe ganz viel Erklärungsbedarf, zum Beispiel zwischen einem Bezieher und seinem direkten Agenturmitarbeiter. Manchmal verfahren die Dinge und es täte gut, wenn einer daneben sitzt. Heute wird das zum Teil auch schon gemacht. Ich war mal vor Ort und da wurde aus einem anderen Team jemand dazu genommen, der noch mal von der Seite darauf schaut. Solche Mechanismen gibt es schon, trotzdem halte ich so eine Ombudsstelle für eine gute Geschichte, und so werden wir auch versuchen, darüber zu diskutieren.

Bürgermeister Lenz: Ich darf ganz kurz ergänzen, ich weiß welche Vorurteile gegenüber Jobcentern in Deutschland, auch oftmals berechtigt, bestehen. Das Karlsruher Jobcenter hat bundesweit den Ruf eines der flexibelsten und tolerantesten und offensten zu sein. Das rührt natürlich von der Gründung von vor 15 Jahren her, als wir die Vorbildstadt waren, die die Obdachlosen und so weiter so versorgt haben, dass es in Deutschland von anderen Städten massenhaft nachgemacht wurde. Letzte Woche war ich im Sozialausschuss Deutscher Städtetag, und eine große Landeshauptstadt denkt über eine Klage nach, über die jeweilige Regionaldirektion, und jetzt halten sie sich fest warum, wegen der Digitalisierungsvorschrift des Bundes. Das haben wir schon alles umgesetzt, Online-Antrag, E-Akte, alles völlig geräuschlos. Deswegen wollte ich noch mal sagen, die Kollegin Langeneckert ist auch in der Trägerversammlung, wir sind da nicht eine starke Stimme, sondern wir arbeiten auf Augenhöhe, und das seit fünfzehn Jahren. Insofern ist der Antrag nicht nüchtern, heute ist er beantragt, in einer Woche tagt die Trägerversammlung, und wir werden Ihnen vor März 2020 sagen, in welche Richtung es gehen wird.

Der Vorsitzende: Wenn wir so verbleiben können und dies dann im Sozialausschuss beraten, sind wir uns einig.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: